

Sitzungsniederschrift

15. Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur

Sitzungsort: Berufsbildende Schulen Aurich, Aula, Am Schulzentrum 15, 26605 Aurich		
Sitzungsdatum: 09.12.2014	Sitzungsbeginn: 15:07 Uhr	Sitzungsende: 17:35 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Saathoff, Anneliese	GRÜNE	
Mitglieder		
Behrends, Kuno	SPD	Vertretung für Herrn Friedrich Völler
Bikker, Johann	FW	bis 16:58 Uhr
de Beer, Hans-Gerd		Lehrervertreter allgemeinbildender Bereich bis 16:20 Uhr
Dirks, Friederike	CDU	
Harms, Erich	SPD	bis 16:40 Uhr
Hasbach, Bernd	SPD	
Hohagen, Sabine		Vertreterin der Eltern
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Odens, Roelf	CDU	
Peters, Cornelius	SPD	
Pfanne, Heiko		Vertreter der Organisation der Arbeitnehmerverbände
Sievers, Wolfgang	FDP	
Terfehr, Hans	SPD	bis 17:10 Uhr
Trauernicht, Hinrich	SPD	bis 16:55 Uhr
Wilts, Maud		Lehrervertreter berufsbildender Bereich
Wolters, Hayo	CDU	Vertretung für Herrn Sven Behrens
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	

Beratende Mitglieder

Hedemann, Remmer	Vertreter des Kreissportbundes bis 16:55 Uhr
Schoone, Detlev	Vertreter des Kreissportbundes

Gäste

Krämer-Mandea, Wolf	biregio
---------------------	---------

Verwaltung

Eiben, Talea	Amtsleitung
Flohr, Dagmar	Protokollführerin
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat

Nicht anwesend:

Mitglieder

Behrens, Sven	CDU	
Mühlfried, Esther		Schülervertreterin der berufsbilden- den Schulen
Speckmann, Heinz		Vertreter der Organisation der Ar- beitgeberverbände
Völler, Friedrich	SPD	
Weekes, Sean Steven		Schülervertreter der allgemeinbil- denden Schulen

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.10.2014
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2014
5. Schulentwicklungsplan für den Landkreis Aurich - Teil 1: Allgemeinbil-
dende Schulen
Vorlage: VIII/2014/274
6. Änderungen in der Vereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem
Landkreis Aurich zur wechselseitigen Aufnahme von Schülerinnen und
Schülern nach § 104 Nds. Schulgesetz
Vorlage: VIII/2014/275
7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
8. Schließung der Sitzung



TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Saathoff eröffnete die Sitzung um 15:07 Uhr und begrüßte die Anwesenden. Sie erläuterte das weitere Vorgehen in der Sitzung und dass auch die Gäste Möglichkeit hätten, Fragen zu stellen. **Robert Ottens**, Schulleiter der BBS 2 Aurich, begrüßte die Anwesenden ebenfalls in der Aula der Berufsbildenden Schulen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit wurden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.10.2014

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.11.2014

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

➔ **einstimmig beschlossen**

**TOP 5 Schulentwicklungsplan für den Landkreis Aurich - Teil 1: Allgemeinbildende Schulen
Vorlage: VIII/2014/274**

Zu Beginn der Sitzung war die überarbeitete Vorlage VIII/2014/274-1 verteilt worden. **Abg. Terfehr** beantragte, heute nicht zu beschließen, sondern die Vorlage aufgrund von Beratungsbedarf nochmals zurück in die Fraktionen zu geben und erläuterte diesen Antrag. **Abg. Dirks** schloss sich dem Vorschlag an, während sich **Abg. Jeromin-Oldewurtel** über den Antrag enttäuscht zeigte und sich dafür aussprach, einen Empfehlungsbeschluss zu fassen. Hierin wurde sie von **Abg. Bikker, Abg. Seelgen** und **Abg. Sievers** unterstützt. Man sei ausreichend informiert und vorbereitet, um einen Empfehlungsbeschluss zu fassen. **Abg. Wolters** stimmte einer Zurücküberweisung an die Fraktionen zu, gab aber zu bedenken, dass sich an den Ergebnissen nichts ändern werde. **Vorsitzende Saathoff** gab an, dass die Verwaltung auch bei Zustimmung zum Antrag vom Abg. Terfehr zur Vorlage Stellung nehmen werde. Anschließend ließ **Vorsitzende Saathoff** über den Antrag vom Abg. Terfehr abstimmen.

Die Vorlage VIII/2014/274-1 wird zur Beratung zurück in die Fraktionen überwiesen. Es wird kein Empfehlungsbeschluss für den Kreistag gefasst.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 6 Enthaltungen: 2

➔ **mehrheitlich beschlossen**

Erster Kreisrat Dr. Puchert zeigte sich enttäuscht über den Beschluss und stellte den zurückliegenden langen öffentlichen Prozess sowie die momentane Situation aus Sicht der Verwaltung dar. Aus dem letzten Papier von Herrn Krämer-Mandau habe man unter Einbeziehung der Papiere aus den Fraktionen eine neue Beschlussvorlage entwickelt und diese noch am Vormittag aktualisiert. Die besprochenen Änderungen seien in der Vorlage gekennzeichnet. Sie wurden in der Folge von der **Vorsitzenden Saathoff** umfänglich erläutert. Anschließend schilderte **Herr Krämer-Mandau** seine Sicht der Dinge als Gutachter. *(Anmerkung: Die von ihm verwendeten Folien sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt.)* Er denke, dass der Ausschuss nun entscheidungsfähig sein könne. Man habe viele Stunden zusammen verbracht und keine gravierenden Entgegenhaltungen gehabt.

Anschließend ging **Erster Kreisrat Dr. Puchert** durch die Vorlage und begann mit dem Primarbereich. Hier sprach er sich für eine Benennung der Grundschulen aus. **Vorsitzende Saathoff** ergänzte, dass die Gemeinden den Landkreis beauftragt hätten, den Primarbereich ebenfalls zu beleuchten. Sie freue sich, dass heute so viele Gäste gekommen seien. Dies sei in der Vergangenheit leider nicht so gewesen. Sie rief alle Anwesenden auf, ihre Fragen zu stellen. **Abg. Terfehr** gab an, dass man geteilter Meinung über die Benennung von Grundschulen sein könne. Es sei jedoch Fakt, dass man auf Norderney beschlossen habe, keine Namen zu nennen. An diese Absprache würde sich seine Fraktion halten. **Vorsitzende Saathoff** hielt entgegen, dass sie sich an einen solchen Beschluss nicht erinnern könne. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** stellte heraus, dass es vor dem hastigen Schluss der Klausur um den Umgang mit der Presse gegangen sei. Dementsprechend habe er sich in der folgenden Sitzung des Schulausschusses in der KVHS Aurich bedeckt gehalten, obwohl bereits damals Informationen von der Presse gefordert worden seien. In der letzten Sitzung des Schulausschusses habe Herr Krämer-Mandau die Grundschulen dann vor nur zehn Gästen öffentlich gemacht. Man dürfe sich im Übrigen nicht von den Reaktionen aus den Gemeinden täuschen lassen. Dort ergebe sich vielfach ein anderes Bild und die Benennung werde durchaus wertgeschätzt. Jemand müsse den Mut haben, das Thema in Gang zu bringen. **Abg. Sievers** berichtete, auch auf Norderney gewesen zu sein und pflichtete Erstem Kreisrat Dr. Puchert bei, dass sich die angesprochene Abmachung auf den Umgang mit der Presse im Anschluss an die Klausur bezogen habe und nicht auf die politische Beschlussfassung. **Abg. Dirks** sagte, man habe tatsächlich zunächst Still-schweigen vereinbart. Dann habe Frau Hohagen im Schulausschuss eine Benennung gefordert. Dies habe man gut gelöst, als Herr Krämer-Mandau in der letzten Sitzung die Grundschulen vorgestellt habe. **Abg. Seelgen** rief in Erinnerung, dass es sich im Primarbereich lediglich um Empfehlungen handele. Man wolle die Eltern mit ins Boot holen und Standorte benennen. Es ginge um Qualitätssicherung, die von der Schulgröße abhängig sei, nicht nur um kurze Wege. Man dürfe außerdem keine unnötigen Investitionen tätigen. **Abg. Wolters** stellte fest, dass er nicht auf Norderney gewesen sei, es aber für in Ordnung halte, dass der Gutachter die Situation darstellt und Namen nennt. Über diese Vorschläge werde natürlich in den Gemeinden diskutiert und es bedeute nicht, dass man sie zu 100 % umsetze. Aber im Grunde müsse man vor Ort dankbar sein, dass der Landkreis aufgrund von Datenerhebungen diese Festlegungen treffe. Er hoffe, dass in den Gemeinden kurzfristig Entscheidungen getroffen werden, auch wenn diese derzeit nicht in Sicht seien. Eltern beschäftigten sich mit diesem Thema nur solange sie ein Kind in der Schule hätten. Dies sei menschlich verständlich, fordere aber die Politik. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** stimmte den Ausführungen vom Abg. Wolters zu. Die genannten Schulen würden aufgrund der bereits geborenen Kinder weniger Schüler haben. Wichtig seien eine gebundene Ganztagschule mit

einem guten Angebot sowie eine gute Umsetzung der Inklusion. Kinder sollten schon im Primarbereich überall im Landkreis Aurich die gleichen Chancen haben.

Aus dem Publikum wurde die Frage gestellt, warum die Grundschule Spetzerfehn genannt worden sei. Hier berichtete **Herr Krämer-Mandeu**, dass die Schulen in der Gemeinde Großefehn dicht beieinander lägen. Man habe verschiedene Optionen. Bei der Entscheidung spielten die vorhandenen Räume eine Rolle. Eine Option sei auch die Einbringung von Krippe / KiTa. Wichtig sei allerdings, diese Diskussion zu führen. Als Ergänzung aus dem Publikum kam Unverständnis zum Ausdruck, warum man Namen genannt habe, wenn diese optional seien. **Herr Krämer-Mandeu** gab zurück, dass er sich gewünscht habe, diese Diskussion schon beim letzten Mal zu führen. Die einzige Aufregung in der Presse sei bei Hauptamtlichen entstanden, weil diese wüssten, dass es so nicht weiter gehe. Wichtig sei, die Gegebenheiten vor Ort genau zu untersuchen. Eine weitere Anmerkung aus dem Publikum bezog sich auf die Schülerbeförderung. Diese müsse bereits jetzt optimiert werden und noch mehr im Falle von Schulschließungen. **Herr Krämer-Mandeu** berichtete, dass bereits heute viele Kinder gefahren würden. Wenn man jetzt investiere und anschließend aufgrund der geringen Größe keine ausreichende Lehrerversorgung mehr erreichen könne, sei dies nicht wünschenswert. Die Schulen benötigten Planbarkeit. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** ergänzte, dass die Schließung von Grundschulen eine Anpassung der Schülerbeförderung nach sich zöge. Wenn man allerdings keine Schulentwicklungsplanung habe, hinge die Beförderung immer hinterher.

Anschließend erläuterte **Erster Kreisrat Dr. Puchert** die Beschlussvorlage im Hinblick auf die Sekundarbereiche.

Herr de Beer verließ die Sitzung um 16:20 Uhr.

Im Hinblick auf die „Region Südost“ zeigte sich eine Stimme aus dem Publikum verwundert, dass für die KGSen Großefehn und Wiesmoor zunächst die Umwandlung in eine IGS empfohlen und dies nun geändert worden sei. **Herr Krämer-Mandeu** erläuterte daraufhin, dass Gutachter und Politik hier nicht einer Meinung seien. Seiner Ansicht nach müsse man die Region Ihlow, Großefehn, Wiesmoor insgesamt sehen und er sei sich nicht sicher, dass es in der Schullandschaft weiterhin KGSen geben werde. **Abg. Terfehr** erinnerte daran, dass man immer gesagt habe, man werde sich nach dem Gutachter richten, aber auch, dass man die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen werde. Das Erfolgsmodell Wiesmoor hänge maßgeblich von der Schulform KGS ab. Und wenn die Schule in Großefehn ebenfalls KGS bleibe, sei mehr Kooperation möglich. Dabei gebe es jederzeit die Möglichkeit der Umwandlung in eine IGS, auch ohne entsprechende Festlegungen im Schulentwicklungsplan. **Abg. Wolters** berichtete, dass die Kooperation aus Erfahrung ganz gut funktioniere, eine Intensivierung aber sehr wichtig sei, da noch einiges verbessert werden könne. **Abg. Dirks** hielt dagegen, dass eine Zusammenarbeit bereits erfolge.

Im Zusammenhang mit der „Region Aurich“ berichtete **Herr Lange** vom Ulricianum, dass man die Möglichkeit, die fünften und sechsten Klassen in die Realschule auszulagern, nicht mit der Schule abgesprochen habe. **Herr Krämer-Mandeu** erläuterte hier, dass diese Idee aufgrund der möglichen Rückverlegung der Außenstelle Moorhusen entstanden sei. Es sei auch möglich, stattdessen zum Beispiel die elften und zwölften Klassen zu verlagern.

Abg. Harms verließ die Sitzung um 16:40 Uhr.

Zur „Region Nordwest“ gab **Abg. Terfehr** zu bedenken, dass man nicht das Signal an Dornum senden dürfe, man könne an der bestehenden Situation nichts ändern. Man werde sich bemühen, eine Lösung zu schaffen. Zu erwägen seien auch Gespräche mit den Nachbarkreisen.

Zur „Region Norden“ stellte **Herr Friederich** von der Oberschule Norden die Zahlen in Frage und ging davon aus, dass die Sprachlernklassen fehlten. Die Oberschule habe tolle Arbeit geleistet. **Abg. Terfehr** warf hier ein, dass keine funktionierenden Schulen aufgelöst würden. **Herr Krämer-Mandeu** stellte anschließend die sinkenden Schülerzahlen an der Oberschule Norden und ihren Vorläufern dar. Die Sprachlernklassen seien letztlich nicht erheblich, aber dennoch einbezogen worden. Die Oberschule Norden sei von ihrer Substanz her aufgebraucht, die KGS nehme ihr die Luft. Drei Standorte seien in Norden nicht möglich. Die Oberschule sei langfristig nicht zukunftsfähig und die Inklusion werde dann von anderen Schulen übernommen. **Herr Grätz**, Schulleiter des Ulrichsgymnasiums, merkte an, dass man noch geringe Aufnahmekapazitäten habe. **Herr Krämer-Mandeu** stellte hier den Unterschied zum Auricher Ulricianum heraus, welches noch zusätzlichen Bedarf habe.

Anschließend wurde die „Region mittlerer Süden“ thematisiert. Eine Dame aus Marienhafte stellte die Frage nach den Prognosen für eine Oberstufe in Marienhafte und den Auswirkungen auf die bestehenden Oberstufen. **Herr Krämer-Mandeu** erläuterte, dass eine Gymnasialisierung an wenigen Standorten erfolge, wenn es kein neues Gymnasium oder neue Oberstufen an Gesamtschulen gebe. Entweder man statte die IGS Marienhafte mit einer Oberstufe aus oder man könne die bisherigen Ansätze der Schule wieder „knicken“. Im Landkreis Aurich habe man derzeit starke Gesamtschulen mit einem vergleichsweise hohen Gymnasialanteil. Dies müsse man sich bewahren. Die Gymnasien konzentrierten sich auf ihre Kernklientel; den Rest erledigten die Gesamtschulen.

Herr Hedemann und **Abg. Trauernicht** verließen die Sitzung um 16:55 Uhr. **Abg. Biker** verließ die Sitzung um 16:58 Uhr.

Herr Grätz sagte, die Zahlen des Gutachtens würden immer stimmen, jedoch stelle sich an manchen Stellen die Frage der Interpretation. Man habe im Landkreis hohe Übertrittsquoten in die Oberstufe von rund 50 %. Er verstehe nicht, warum zusätzliche Oberstufen eingerichtet werden sollten. Warum stelle man bei den Grundschulen die Frage nach der Schulgröße, bei den Oberstufen hingegen nicht. In Norden würden in Zusammenarbeit mit der BBS derzeit sieben, in Aurich zehn Profile angeboten. Die Berufsbildenden Schulen müssten ebenfalls Berücksichtigung finden. **Erster Kreisrat Dr. Puchert** entgegnete, dass eine Übergangsquote von knapp 51 % nicht für den gesamten Landkreis gelte. Man habe ein Gefälle in den alten Kreisgrenzen, die Übertrittsquoten seien im Süden höher. Wenn man die Diskussion um ein 7. Profil führe, könne er nur daran erinnern, dass das Ulrichsgymnasium dieses Angebot auch erst seit einigen Jahren vorhalten könne und seine Qualität vorher trotzdem nicht in Frage gestellt habe. Die Integrierten Schulsysteme seien auf leistungsstarke Schüler angewiesen. Außerdem sei die Inklusion in der Praxis bislang offensichtlich nicht Aufgabe der Gymnasien. Auch die Rückkehr zu G9 habe den Integrierten Gesamtschulen einen systemischen Vorteil genommen. Man müsse dem ländlichen Raum die Chance geben, gegen gestandene Angebote ein eigenes Oberstufenangebot einzurichten. Seine Sorge gelte eher den neuen Angeboten als den bestehenden.

Abg. Terfehr verließ die Sitzung um 17:10 Uhr.

Herr Krämer-Mandeu gab an, dass seiner Meinung nach die falschen Standorte die größere Panik machten. Die IGS Marienhafte berate jetzt über eine Oberstufe für das nächste Schuljahr. Vor diesem Hintergrund sei der Anteil an gymnasialen Schülern an dieser Schule beachtlich. Die Gymnasien seien die einzige Schulform, die von fast allen Entwicklungen unberührt bliebe. Der mögliche Verlust von Profilen stehe den Chancen in der Fläche gegenüber. Außerdem könne man in Zusammenarbeit mit der IGS vielleicht sogar das achte Profil anbieten. **Abg. Seelgen** ergänzte, dass eine Fokussierung auf die zwei Städte nicht wünschenswert sei. Der Landkreis Aurich habe eine der niedrigsten Abiturquoten überhaupt. Man benötige das IGS-Oberstufenangebot in der Fläche. **Abg. Wolters** stellte die Frage, ob die Quote in Aurich zu niedrig oder woanders zu hoch sei. **Herr Krämer-Mandeu** verwies hier auf die Einstellungspraxis, die hohe Abschlüsse bevorzuge. Absolventen dürften nicht zu Unrecht tiefer eingestuft werden und müssten auch überregional Chancen haben. Hier konkretisierte **Abg. Wolters**, dass man nicht pauschal versuchen dürfe, eine Abiturquote von 100 % zu erreichen, sondern die verschiedenen Stärken und Schwächen berücksichtigen müsse. **Vorsitzende Saathoff** betonte, dass man allerdings die Möglichkeit eines höherwertigen Abschlusses schaffen müsse. **Abg. Jeromin-Oldewurtel** legte nochmals das Augenmerk darauf, dass man vor allem im nördlichen Bereich geringe Abiturquoten habe. Die Schüler dort seien aber mit Sicherheit nicht weniger talentiert. Die Beschlussvorlage sei lang und breit besprochen worden. In Norden habe man viele gute Schulen, aber nicht mehr die entsprechenden Schüler. Sie könne die Sorgen von Herrn Grätz nicht nachvollziehen. Man müsse die Kinder in der Fläche zur Hochschulreife führen. Dass dies gelänge zeige das Beispiel der Außenstelle des JAG in Pewsum. Außerdem müsse man auch den Eltern im Altkreis Norden die Wahl für das pädagogische Konzept einer IGS ermöglichen.

Im Hinblick auf die „Region Süd“ sprach **Abg. Hasbach** einen Dank an den Gutachter aus. **Abg. Odens** bestärkte die Aussagen von Abg. Jeromin-Oldewurtel. In Hinte/Krummhörn hätten die Kommunen gemeinsam eine richtungsweisende Entscheidung für eine sehr gut laufende IGS getroffen.

Zum Bereich der Berufsbildenden Schulen erläuterte **Erster Kreisrat Dr. Puchert**, dass dieser sich gleich an die Planung für den allgemeinbildenden Bereich anschließen werde und innerhalb von zehn Monaten abgeschlossen sein solle.

Zur Förderpädagogik berichtete **Frau Hohagen** über die Schulgesetznovelle, die Regionalstellen für schulische Inklusion statt Förderzentren vorsehe.

TOP 6 **Änderungen in der Vereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem Landkreis Aurich zur wechselseitigen Aufnahme von Schülerinnen und Schülern nach § 104 Nds. Schulgesetz**
Vorlage: VIII/2014/275

Auf Nachfrage von **Frau Wilts** berichtete **Erster Kreisrat Dr. Puchert**, dass eine mögliche Einrichtung der Gastronomie in Norden nicht Bestandteil der Beratungen gewesen sei. In der Vereinbarung sei verankert, dass Planungen nicht immer im Konsens erfolgen müssten. Man wolle aber eine möglichst aufeinander abgestimmte Planung erreichen. Man kooperiere mit Emden in verschiedenen Bereichen, auch bei den Gymnasien und Gesamtschulen. Auf Nachfrage von **Abg. Jeromin-Oldewurtel** erläuterte **Frau Eiben**, dass die Zahlungen schon immer pauschaliert gewesen seien. Man habe hier den Preisindex zugrunde gelegt. Daher stamme auch die jetzige Erhöhung, die man bereits 2012 vereinbart habe. Die Mittel seien im Haushalt enthalten. Die

angedachte Befristung der Vereinbarung habe man nicht umgesetzt, um der Angst der gymnasialen Eltern, die Gymnasien in Emden nicht mehr anwählen zu können, Rechnung zu tragen. So sei der gegenseitige Schulbesuch dauerhaft gesichert.

Anschließend ließ **Vorsitzende Saathoff** nach Vorlage abstimmen.

Dem Abschluss der geänderten Vereinbarung zwischen der Stadt Emden und dem Landkreis Aurich zur wechselseitigen Aufnahme von Schülerinnen und Schülern nach § 104 Nds. Schulgesetz wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 7 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 8 Schließung der Sitzung

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss **Vorsitzende Saathoff** die Sitzung um 17:35 Uhr.

gez. Saathoff
Vorsitzende

gez. Flohr
Protokollführerin